

Antrag

A13 Generationengerechtigkeit als Kompass politischer Verantwortung

Antragssteller*innen: HV (dort beschlossen am: 10.05.2025)

Antragstext

1 **Junge Menschen sind Gegenwart und Zukunft unserer Demokratie.** Doch ihre Stimmen,
2 Bedürfnisse und Perspektiven finden noch immer zu selten Berücksichtigung in
3 politischen Entscheidungen. Obwohl junge Menschen ein Drittel unserer
4 Bevölkerung ausmachen, werden ihre Anliegen in Politik und Gesellschaft
5 unzureichend berücksichtigt. Als BDKJ fordern wir die Bundesregierung auf,
6 Generationengerechtigkeit als politischen Kompass zu verankern – als
7 verbindliche Haltung und ressortübergreifende Leitlinie für verantwortungsvolles
8 politisches Handeln.

Generationengerechtigkeit ist mehr als eine Frage der Finanzen

9 **Generationengerechtigkeit ist eine Frage der gesellschaftlichen Verantwortung**
10 **und der intergenerationellen Solidarität – nicht nur der Finanzen.**

11 Generationengerechtigkeit darf nicht auf Debatten um Schuldenbremse oder
12 Rentenpolitik verkürzt werden. Sie ist keine rein fiskalische Kategorie, sondern
13 eine Frage der demokratischen Verantwortung. Sie betrifft Lebensrealitäten,
14 Teilhabechancen und Gestaltungsspielräume – heute und mit Blick auf eine
15 gerechte, nachhaltige Zukunft für alle Generationen. Dabei geht es auch um
16 globale Gerechtigkeit. Generationengerecht zu handeln bedeutet auch,
17 Verantwortung über Landesgrenzen hinweg zu übernehmen, etwa durch internationale
18 Klima- und Entwicklungspolitik, globale Bildungs- und Teilhabechancen sowie
19 strukturellen Ungleichheiten zwischen dem globalen Norden und Süden mit
20 einzubeziehen. Die Perspektiven junger Menschen weltweit sind mitzudenken –
21 gerade dort, wo soziale und ökologische Krisen am stärksten spürbar sind. Es
22 geht unter anderem um Digitalisierung, soziale Gerechtigkeit, Mobilität,
23 (mentale) Gesundheit, Gleichstellung, Engagement und politische Mitbestimmung –
24 also um all jene Strukturen, die darüber entscheiden, wie Menschen in dieser
25 Gesellschaft aufwachsen, sich entfalten und ihr Leben gestalten können.

26
27 Eine gerechte Zukunft braucht die Einhaltung ökologischer, sozialer und
28 ökonomischer Belastungsgrenzen. Klimakrise, Artensterben und Umweltverschmutzung
29 bedrohen die Lebensgrundlagen kommender Generationen. Politik muss so handeln,
30 dass Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft gemeinsam zukunftsfähig bleiben.

31 Geschlechterungleichheiten beeinflussen Chancen junger Menschen direkt. Nur mit
32 Geschlechtergerechtigkeit wird Zukunft für alle gerecht gestaltet.

33

34 Generationengerechte Politik stellt sicher, dass Herkunft, Aufenthaltsstatus
35 oder Diskriminierungserfahrungen kein Hindernis für Mitgestaltung, Bildung oder
36 ein sicheres Aufwachsen darstellen. Vielfalt ist keine Herausforderung, sondern
37 eine Stärke – und eine Grundlage für eine gerechte, offene und zukunftsfähige
38 Gesellschaft.

39
40 **Eine Haltung, die junge Menschen als gleichwertige Bürger*innen anerkennt**

41 **Politik darf sich nicht länger primär an den Bedürfnissen und Sichtweisen**
42 **Erwachsener orientieren.** Sie muss bestehende Machtstrukturen hinterfragen und
43 systematisch Räume der Mitgestaltung durch junge Menschen schaffen. Es braucht
44 eine Politik, die junge Menschen als vielfältige Individuen mit
45 unterschiedlichen Biografien, Interessen, Stärken, Bedürfnissen und
46 Lebensentwürfen ernst nimmt und dabei eine intersektionale Perspektive einnimmt.
47 Eine Politik, die sich löst von einem adultistischen Maßstab und junge Menschen
48 nicht nur als Kinder ihrer Eltern, sondern als gleichwertigen Teil der
49 Gesellschaft anerkennt: als Bürger*innen, die mit Rechten ausgestattet sind und
50 die einen Anspruch darauf haben, dass diese auch umgesetzt werden.^[1]

51 **Junge Menschen sind mehr als Schüler*innen und zukünftige Steuerzahler*innen.**

52 Politik darf junge Menschen nicht nur auf ihre zukünftigen Rollen in Arbeitswelt
53 und Gesellschaft reduzieren. Sie sind mehr als Schüler*innen, Konsument*innen,
54 potentiell Erwerbstätige und zukünftige Steuerzahler*innen. Sie sind
55 Träger*innen von Visionen, Werten und Hoffnung, sie haben ein Recht auf Zeit,
56 Freiräume und persönliche Entfaltung. Politik muss Orte stärken, an denen junge
57 Menschen wachsen, scheitern und neu aufblühen können – ohne Leistungsdruck, mit
58 Lebensfreude. Sie muss daher außerschulische Erfahrungsräume der
59 Selbstwirksamkeit als zentralen Bestandteil des Aufwachsens anerkennen und
60 stärken.

61 **Demokratie gehört allen – für eine Politik, die junge Menschen ernst nimmt,**
62 **empowert & beteiligt**

63 **Politik hat die Macht, die gesellschaftlichen Spielregeln zu gestalten** – und
64 damit auch die Verantwortung, dies im Sinne aller Generationen zu tun. Wir
65 fordern, dass dies in einer Form geschieht, dass junge Menschen sich ernst
66 genommen, empowert, wirksam, sicher und wohlfühlen. Eine lebendige Demokratie
67 muss inklusiv, repräsentativ und zukunftsgerichtet sein. Sie wird ihrem Anspruch
68 nur dann gerecht, wenn sie Menschen jeden Alters einbezieht. Eine Politik, die
69 empowert, zeigt: Ihr seid wichtig. Eure Meinungen zählen. Eure Zukunft ist unser
70 Maßstab. Generationengerechtigkeit leitet sich unmittelbar ab aus den Rechten
71 auf Beteiligung, Bildung, Entfaltung und Schutz – wie sie im Grundgesetz und der
72 UN-Kinderrechtskonvention verankert sind.^[1]

73
74 **Eine kinder- und jugendgerechte Politik stärkt das Vertrauen in Demokratie. Sie**
75 **ist der Schlüssel zu einer starken, solidarischen und widerstandsfähigen**
76 **Gesellschaft.** Wer von klein auf erlebt, dass die eigene Stimme zählt, entwickelt
77 ein Gefühl der Zugehörigkeit und ist eher bereit, Verantwortung zu übernehmen.

78 Wenn junge Menschen erleben, dass ihre Meinung Gewicht hat, sie mitgestalten
79 dürfen und ihre Interessen gehört werden, entsteht eine starke demokratische
80 Kultur, in der sich auch junge Menschen als Teil des demokratischen Prozesses
81 begreifen können. Dies fördert ihr politisches Interesse, stärkt das Vertrauen
82 in politische Strukturen.

Generationengerechtigkeit ist Querschnittsaufgabe

84 **Alle Themen betreffen junge Menschen** – nicht nur die, auf denen ‚Jugend‘ steht.
85 Generationengerechtes Handeln heißt, Anliegen und Perspektiven junger Menschen
86 ressortübergreifend in allen politischen Entscheidungs- und Verwaltungsprozessen
87 zu berücksichtigen. Es braucht verbindliche Strukturen, ressortübergreifende
88 Prüfmechanismen und eine klare politische Haltung, damit
89 Generationengerechtigkeit zum Standard wird.

Demokratie lebt von Vertrauen – und das entsteht durch Beteiligung

91 **Eine kinder- und jugendgerechte Politik stärkt das Vertrauen in Demokratie. Sie
92 ist der Schlüssel zu einer starken, solidarischen und widerstandsfähigen
93 Gesellschaft.** Wer von klein auf erlebt, dass die eigene Stimme zählt, entwickelt
94 ein Gefühl der Zugehörigkeit und ist eher bereit, Verantwortung zu übernehmen.
95 Wenn junge Menschen erleben, dass ihre Meinung Gewicht hat, sie mitgestalten
96 dürfen und ihre Interessen gehört werden, entsteht eine starke demokratische
97 Kultur, in der sich auch junge Menschen als Teil des demokratischen Prozesses
98 begreifen können. Dies fördert ihr politisches Interesse und stärkt das
99 Vertrauen in politische Strukturen. Junge Menschen sollen auch Räume erhalten,
100 in denen sie die sozial-ökologische Transformation und die Zukunft in der sie
101 leben aktiv mitgestalten können.

Generationengerechtigkeit ist eine Chance – für die gesamte Gesellschaft

103 **Eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft kommt allen zugute.** Eine
104 Gesellschaft, die auch junge Menschen in den Blick nimmt, investiert nicht nur
105 in ihre Zukunft, sondern in das Gemeinwohl. Sie fördert sozialen Zusammenhalt,
106 Resilienz, nachhaltige Entwicklung und sie zahlt sich wirtschaftlich aus, weil
107 sie langfristig soziale Folgekosten senkt und Innovationskraft stärkt.
108 Generationengerechtigkeit stärkt die Demokratie – weil sie Verantwortung teilt.
109 Maßgeblich ist, dass die Wünsche und Anliegen verschiedener Generationen nicht
110 gegeneinander ausgespielt werden, sondern für ein stärkeres Miteinander sorgen.
111 Einerseits braucht es dafür soziale Sicherungssysteme, die ein gutes Auskommen
112 und eine gute Versorgung für die Älteren leisten, ohne die jungen Menschen zu
113 überfordern. Andererseits müssen die Perspektiven junger Menschen in politischen
114 Entscheidungen deutlicher berücksichtigt werden, da sie von langfristigen
115 Entscheidungen stärker betroffen sind. Damit das gelingt, braucht es
116 gegenseitiges Verständnis. Es braucht Orte des Austauschs und der Begegnung auf
117 Augenhöhe auch jenseits Familienbeziehungen, damit ein
118 generationenübergreifendes Miteinander entstehen kann.

Ohne Generationengerechtigkeit keine Globale Gerechtigkeit

120 Generationengerechtigkeit endet nicht an Landesgrenzen – sie muss sowohl sozial

121 als auch ökologisch gedacht werden, im Sinne heutiger und zukünftiger
122 Generationen weltweit. Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und
123 Generationengerechtigkeit sind global untrennbar miteinander verknüpft. Über
124 Jahrhunderte hinweg haben sich Ausbeutung und globale Ungerechtigkeiten, etwa im
125 Handel, beim Ressourcenverbrauch oder durch Staatsverschuldung, verfestigt.
126 Besonders junge Menschen im Globalen Süden tragen am wenigsten zur dreifachen
127 planetaren Krise bei, sind aber am stärksten von ihren Folgen betroffen.
128 Globalen Ungerechtigkeiten muss durch gerechte internationale Partnerschaften
129 begegnet werden. Dazu gehört u.a. koloniale Kontinuitäten klar zu benennen und
130 zu überwinden, einen fairen deutschen Beitrag zur internationalen Klima- und
131 Biodiversitätsfinanzierung zu leisten, zusätzliche und angemessene ODA-Mittel
132 bereitzustellen sowie Lösungen für Staatsinsolvenzverfahren und Schuldenerlasse
133 für (hoch-)verschuldete Länder zu schaffen.

134 **Unser Appell an die Bundesregierung:**

135 **1. Verankern Sie Generationengerechtigkeit als politische Leitlinie und** 136 **Haltung – in allen Ressorts, auf allen Ebenen.** Dies beinhaltet:

- 137 ◦ Die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz. Dabei muss das
138 Kindeswohl vorrangig berücksichtigt werden.
- 139 ◦ Die gesetzliche Verankerung und verbindliche Durchführung des
140 Jugend-Checks als begleitendes Instrument zur Abschätzung der
141 Auswirkungen von Gesetzesvorhaben auf junge Menschen. Die Ergebnisse
142 fließen maßgeblich in den Gesetzgebungsprozess mit ein.
- 143 ◦ Die konsequente Umsetzung und fortlaufende Weiterentwicklung der
144 Jugendstrategie der Bundesregierung, eng verzahnt mit der EU-
145 Jugendstrategie. Akteur*innen der Jugend(verbands)arbeit und der
146 Jugendsozialarbeit werden in die Umsetzung der Maßnahmen
147 systematisch eingebunden.

146 **2. Stärken Sie eine Sozialpolitik, die Armut bekämpft, soziale Gerechtigkeit** 147 **fördert und faire Chancen für alle Generationen und Geschlechter schafft.** 148 Dies beinhaltet: 149

- 151 • Die Weiterentwicklung sozialer Sicherungssysteme zur wirksamen Bekämpfung
152 von (Jugend)Armut^[2], orientiert an den vielfältigen Bedarfen und
153 Lebensrealitäten unterschiedlicher Altersgruppen. Zudem braucht es eine
154 generationengerechte Finanzierung unserer Sozialsysteme (z.B. Renten-,
155 Kranken- und Pflegeversicherung), die junge Menschen angesichts des
156 demografischen Wandels nicht strukturell benachteiligt und gleichzeitig
157 Spielräume für Investitionen in die jungen und zukünftigen Generationen
158 sichert. [Fußnote: Der Ausgleich der Kosten mit teuermitteln ist auch
159 keine generationengerechte Alternative, da in Folge weniger Mittel des
160 Bundeshaushaltes für Investitionen in junge Menschen zur Verfügung steht.]
- 161 • Die Anerkennung verschiedener Formen von Arbeit und ihrer Auswirkungen auf

- 162 die Lebensrealitäten junger Menschen – mit dem Ziel einer geschlechter-
163 und generationengerechten Verteilung von Zeit^[3], Ressourcen und Chancen.
- 164 • Eine Stärkung der finanziellen, beruflichen und gesellschaftlichen
165 Rahmenbedingungen für Familien und Kinder, um die Chancengerechtigkeit zu
166 stärken und dem demografischen Wandel zu begegnen.
 - 167 • Die gezielte Förderung ökologisch nachhaltiger Investitionen und Maßnahmen
168 zur sozial-ökologischen Transformation, um Lebensgrundlagen heute und für
169 kommende Generationen zu sichern.
- 170 **3. Sichern Sie die systematische Einbeziehung generationenübergreifender**
171 **Perspektiven in politische Entscheidungen.** Dies beinhaltet:
- 172 • Die Absenkung des Wahlalters und das Zusprechen des aktiven Wahlrechts für
173 junge Menschen. Kinder und Jugendliche haben ein Grundrecht [Fußnote: Art.
174 20 Grundgesetz] auf Partizipation und Mitbestimmung. Bisherige
175 Altersgrenzen sind jedoch willkürlich gezogen. [Fußnoten: BDKJ-Beschluss
176 (2019): Jugend beteiligen jetzt!:
177 [https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluss/3/3_84_Jugend_bet--
-eiligen_jetzt.pdf](https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluss/3/3_84_Jugend_bet--
178 -eiligen_jetzt.pdf)]
 - 179 • Die Befähigung junger Menschen, auch darüber hinaus durch eine aktive
180 Einbindung in kinder- und jugendgerecht gestaltete politische
181 Entscheidungsprozesse ihre Meinung einzubringen
 - 182 • Die Verankerung von Plätzen für junge Menschen in all ihrer Vielfalt in
183 Entscheidungsgremien und -prozessen. Mindestens 25 Prozent der Positionen
184 in Parlamenten sowie parteilichen Gremienstrukturen sind für Menschen
185 unter 35 Jahren vorzusehen, da diese Altersgruppe geschätzt rund 37% der
186 Gesamtbevölkerung ausmacht [Fußnote: Statistisches Bundesamt]. Dabei muss
187 auf eine geschlechtergerechte und vielfältige Repräsentation geachtet
188 werden, sodass junge Frauen, nicht-binäre, inter* und trans* Personen in
189 diesen Strukturen sichtbar und wirksam vertreten sind.
 - 190 • Den systematischen Einbezug von Jugendverbänden in die Beratung der
191 Bundesregierung. So wird anerkannt, dass Jugendverbände als
192 selbstorganisierte, zivilgesellschaftliche Lernorte der Demokratie eine
193 wichtige Rolle für unsere Gesellschaft spielen. Durch Jugendverbände
194 werden nach § 12 SGB VIII die Anliegen und Interessen junger Menschen
195 vertreten.
- 196 **4. Stärken Sie die urbane und ländliche Infrastruktur, die**
197 **generationenübergreifenden Dialog und Teilhabe ermöglicht – sowohl im**
198 **analogen als auch im digitalen Raum.** Dies beinhaltet:
- 199 • Die Gewährleistung des barrierefreien und gleichberechtigten Zugangs zu
200 (digitaler) Infrastruktur für alle Generationen – unabhängig von Alter,
201 Geschlecht, Einkommen oder Herkunft.
 - 202 • Die gleichberechtigte Berücksichtigung der Perspektiven und Bedürfnisse

203 aller Generationen bei der Sozialraumplanung sowie der Gestaltung und
204 Nutzung öffentlicher Räume.

- 205 • die Umsetzung eines kommunenübergreifenden Mobilitätskonzepts, welches den
206 Ansprüchen und Bedarfen der verschiedenen Generationen gerecht wird.
- 207 • Die Ausweitung echter Beteiligungsformate zur Mitgestaltung der sozial-
208 ökologischen Transformation auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Junge
209 Menschen müssen überall aktiv und stimmberechtigt einbezogen werden.

210 **5. Stärken Sie die Investitionen in den Klimaschutz, um die Schöpfung für**
211 **gegenwärtige und auch für nachfolgende Generationen zu bewahren.** Dies
212 beinhaltet:

- 213 • Den Einsatz dafür, dass Deutschland auf nationaler sowie auf
214 internationaler Ebene seinen Beitrag leistet, das 1,5°C-Ziel zu erreichen
215 [Fußnote: BDKJ-Beschluss (2021): Klimagerechtigkeit jetzt! Wir fordern
216 globale Gerechtigkeit:
217 [https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/5/5_30_Klimagerec-
220 -
221 htigkeit_jetzt_final.pdf](https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/5/5_30_Klimagerec-
218 -
219 htigkeit_jetzt_final.pdf)].
- 222 • Ein ambitioniertes Klimaziel 2030 und Treibhausgasneutralität weit vor
223 2045, um dem Pariser Klimaabkommen und dem 1,5- Grad-Ziel gerecht zu
224 werden.
- 225 • Die Einführung eines sozial gerechten Klimagelds, um den Herausforderungen
226 der Klimakrise effektiv zu begegnen und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit
227 zu wahren [Fußnote: BDKJ-Beschluss (2024): Klimageld jetzt: Mehr für
228 soziale Gerechtigkeit:
229 [https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/5/3.102_Klimageld-
232 -
233 _jetzt.pdf](https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/5/3.102_Klimageld-
230 -
231 _jetzt.pdf)].

234 Jetzt ist die Zeit, konstruierte Generationengrenzen zu überwinden und gemeinsam
235 eine Politik zu schaffen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt über
236 Altersgrenzen hinweg stärkt und zukunftsfähig macht. Lassen Sie uns gemeinsam
237 Verantwortung übernehmen – als Politiker*innen, als Wähler*innen, als
238 Christ*innen, als Gesellschaft.

239 **[1]** S. hierzu u. a.: UN-Kinderrechtskonvention: [https://headless-
240 live.unicef.de/caas/v1/media/194402/data/77afdd9d17e246129b04e8aef70a01ab](https://headless-live.unicef.de/caas/v1/media/194402/data/77afdd9d17e246129b04e8aef70a01ab) sowie
241 Artikel 2 Absatz 1 GG: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner
242 Persönlichkeit [...]“; Artikel 3 Absatz 1 GG: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz
243 gleich.“; § 1 Absatz 1 SGB VIII: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung
244 seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten,
245 eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“.

246 **[2]** Monitor Jugendarmut der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische

